

## Leitantrag

Antragsteller: Kommission Europa & Internationales der JU Berlin

### Für ein junges, freies und europäisches Berlin

#### **Europa soll geschlossen und mit starker Stimme in der Welt für**

#### **Menschenrechte, Demokratie und Frieden einstehen**

##### **Wir fordern die Schaffung einer effizienten und handlungsfähigen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik in Europa**

Die Europäische Union ist ein kostbares Gut und ein wichtiger Mechanismus des Einigungsprozesses innerhalb Europas. Die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen, wie der Krieg in Syrien, die Annexion der Krim und der bewaffnete Konflikt im Osten der Ukraine, Desinformationskampagnen oder Cyberangriffe, verlangen eine schnelle Reaktion und eine stärkere Zusammenarbeit von den EU-Mitgliedstaaten. Ohne die enge Zusammenarbeit im NATO-Bündnis in Frage zu stellen, müssen wir, Europäer, bereit sein, auf die aktuellen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen und Risiken der Globalisierung auch als ein eigenständiger globaler Akteur erfolgreich zu reagieren.

##### **Wir fordern die Entwicklung einer gemeinsamen langfristigen EU-Sicherheitsstrategie**

Ein verteidigungsfähiges Europa muss eine gemeinsame langfristige EU-Sicherheitsstrategie entwickeln. Sie muss eine Reihe von Maßnahmen beinhalten, die die EU-Kooperation zu interner und externer Sicherheit und Verteidigung stärken, unsere Widerstandsfähigkeit gegen Cyberbedrohungen verbessern und uns auf die Hybrid- und Cyberkriege vorbereiten, die europäischen Rüstungsausgaben harmonisieren, operative Kapazitäten der Europäischen Grenz- und Küstenwache weiterentwickeln, unsere Asyl- und Migrationspolitik kohärent gestalten, den politischen und religiösen Extremismus in Europa bekämpfen sowie zur Friedens- und Stabilisierungsprozessen in verschiedenen Regionen der Welt beitragen. Darüber hinaus ist eine Neudefinierung der Kompetenzverteilung in Fragen Sicherheit und Verteidigung zwischen den EU-Mitgliedstaaten auf der nationalen Ebene einerseits und EU als eine staatenübergreifende Struktur andererseits nötig, um auf die geänderte sicherheitspolitische Lage in der Welt effizient, schnell und erfolgreich reagieren zu können.

##### **Wir fordern eine breite öffentliche Debatte über das Konzept einer Europäischen Armee**

Über die Idee einer Europäischen Armee bzw. Verteidigungsunion wird seit den 50ern gesprochen. Nach der jüngsten Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel ist das Thema in der deutschen Öffentlichkeit wieder ins Licht gerückt. Trotzdem bleibt eine Europäische Armee nach wie vor eher ein unrealistisches

31 Konzept sowohl in der breiten öffentlichen Debatte als auch unter Experten im Sicherheits- und  
32 Verteidigungsbereich. Die EU verfügt nicht über ein stehendes Heer. Sie greift auf Ad-hoc-Streitkräfte  
33 zurück, die von den EU-Ländern bereitgestellt werden. Sie kann weltweit Friedensmissionen in  
34 verschiedene Krisengebiete senden, um die Einhaltung von Recht und Ordnung zu überwachen und  
35 sicherzustellen, an friedenserhaltenden Maßnahmen teilzunehmen oder humanitäre Hilfe für die  
36 betroffenen Bevölkerungsgruppen zu leisten. Es handelt dabei mehr um eine Armee der Europäer. Eine  
37 Europäische Armee, die NATO-kompatibel ist, würde den EU-Mitgliedstaaten stattdessen erlauben, Kräfte  
38 und Fähigkeiten zu bündeln, Fixkosten der nationalen Armeen zu senken, eine gestärkte Kooperation  
39 zwischen EU-Staaten zu fördern, schneller und effizienter auf die Cyber-Angriffe zu reagieren, und als ein  
40 souveräner Akteur im Sicherheits- und Verteidigungsbereich zu handeln.

#### 41 **Wir fordern die Weiterentwicklung der Europäischen Verteidigungsunion**

42 Mit gemeinsamen europäischen Projekten im Rahmen von Ständiger Strukturierter Zusammenarbeit  
43 (Permanent Structured Cooperation, PESCO) wurde die Grundlage für die Europäische  
44 Verteidigungsunion gelegt. Es gibt außerdem ein zivil militärisches europäisches Hauptquartier und einen  
45 Europäischen Verteidigungsfonds. Die Coordinated Annual Review on Defence (CARD), ein jährlicher  
46 Bericht über die europäische Verteidigungslandschaft, erarbeitet Empfehlungen für den Bereich Außen-,  
47 Sicherheits-, Rüstungs- und Verteidigungspolitik und definiert gemeinsame Prioritäten der EU-Staaten im  
48 Verteidigungsbereich. Trotzdem bleiben strategische Differenzen der EU-Mitglieder, die ihre Wurzel in  
49 unterschiedlichen verfassungsrechtlichen Traditionen und verschiedenen Diskursen und Prioritäten im  
50 Sicherheits- und Verteidigungsbereich haben, sehr groß. Im Rahmen einer gemeinsamen Europäischen  
51 Verteidigungsunion können wir nicht nur unsere militärischen Fähigkeiten weiterentwickeln, sondern  
52 auch eine gemeinsame Sicherheitskultur unter Einbeziehung der sicherheitspolitischen Expertise in  
53 Planungs- und Entscheidungsprozesse fördern.

#### 54 **Wir fordern die Stärkung unserer Bundeswehr**

55 Die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Partner im NATO-Bündnis ist einer der  
56 wichtigsten Aufgaben der Bundeswehr. Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Förderung der Sicherheit  
57 und Stabilität im internationalen Rahmen. Rund 3.100 Bundeswehrsoldaten beteiligen sich derzeit an  
58 Einsätzen im Ausland (Quelle: BMVg, Stand: 15.02.2019). Dabei operieren sie gemeinsam mit Soldaten  
59 der Bündnispartner und befreundeter Nationen. Mit Beratung, Beobachtung der Friedensprozesse,  
60 Assistenz bei der Durchführung der Grenzkontrolle, Capacity Building, Stabilisierungs- und  
61 Bildungsmaßnahmen im Rahmen der Auslandseinsätze leisten unsere Soldatinnen und Soldaten  
62 hervorragende Arbeit. Sie tragen wesentlich zu Friedens- und Stabilisierungsprozessen in verschiedenen  
63 Staaten und Regionen der Welt bei, verhindern bewaffnete Konflikte und genießen eine breite  
64 Anerkennung. Sie verdienen unseren Respekt und unsere Unterstützung sowie Rückhalt in Gesellschaft

65 und Politik. Wir sehen uns als Junge Union und unsere politischen Akteure in einer besonderen  
66 Verantwortung, eine Debatte in der Gesellschaft über die Wichtigkeit der Landes- und  
67 Bündnisverteidigung anzustoßen und das Engagement unserer Soldatinnen und Soldaten für Frieden und  
68 Sicherheit sichtbarer und hörbarer zu machen.

69 Wir bekennen uns dabei klar zur Erreichung des 2%-Ziels der NATO, als Ausdruck unserer europäischen  
70 und internationalen Verlässlichkeit.

71 Wir sehen unsere Soldaten als Staatsbürger in Uniform und unsere Parlamentsarmee als integralen  
72 Bestandteil unserer Gesellschaft. Der ständige Austausch zwischen Streitkräften und Gesellschaft ist  
73 daher ein zu förderndes Ziel. Dies umfasst selbstverständlich auch den Austausch mit Jugendoffizieren  
74 an Berliner Schulen. Dabei soll natürlich auch über die Bundeswehr als attraktiven Arbeitgeber informiert  
75 werden.

## 76 **Schrankenloses Arbeiten in Europa stärken**

77 Insbesondere eine Metropole wie Berlin profitiert von den vier Freizügigkeiten des europäischen  
78 Binnenmarktes: Freier Personen-, Waren-, Dienstleistungs-, Kapitalverkehr. Kunstschaffende und Techies  
79 aus ganz Europa kommen in unsere Stadt, um in Berlin in der Kultur- und Start-up-Szene zu arbeiten. Das  
80 schafft nicht nur neuen Wohlstand in unserer Heimat, sondern fördert auch die europäische  
81 Wettbewerbsfähigkeit in diesen Sektoren. Deshalb wollen wir das schrankenlose Arbeiten in Europa  
82 weiter stärken.

83

### 84 **Wir fordern europaweite Standards (Regeln) für die bessere Anerkennung von Berufs- und** 85 **Universitätsabschlüssen.**

86

87 Berufs- und Universitätsabschlüsse gelten nicht automatisch EU-weit. Akademiker mit einem deutschen  
88 Abschluss müssen in anderen EU-Ländern eine Anerkennung beantragen. Diese regulatorische Hürde  
89 macht gerade vor dem Hintergrund der europaweiten Harmonisierung von Studiengängen und –  
90 abschlüssen im Rahmen des Bologna-Prozesses keinen Sinn. Auch im Bereich der Berufsbildung haben  
91 die EU-Länder verschiedene Regelungen zur Anerkennung von Abschlüssen. Dieser Umstand kann zum  
92 Beispiel dazu führen, dass eine Berufsausbildung in Polen nicht in Deutschland anerkannt wird. Die Job-  
93 sowie die Mobilitätperspektive der betroffenen Arbeitnehmer verschlechtern sich dadurch erheblich.  
94 Der Fachkräftemangel stellt auch in Berlin in vielfältigen Bereichen, wie der Pflege oder im IT-Sektor,  
95 eine Herausforderung dar. Die bessere Anerkennung von europäischen Berufs- und  
96 Universitätsabschlüssen durch europaweite Standards, kann zur Lösung dieses Problems beitragen.

97

98 **Wir fordern Jugendarbeitslosigkeit in Europa mit gezielten Maßnahmen für eine höhere**  
99 **Arbeitsmarktmobilität zu begegnen. Hierzu gehört die Stärkung des Europäischen Portals zur**  
100 **beruflichen Mobilität (EURES-Plattform).**

101  
102 Zurzeit arbeiten nur ca. 3 % der EU-Bürger außerhalb ihres Heimatlandes. Dieser Status quo ist  
103 insbesondere angesichts hoher Arbeitslosenzahlen, vor allem bei Jugendlichen, in bestimmten EU-  
104 Ländern und dem Fachkräftemangel in anderen Mitgliedstaaten, nicht nachvollziehbar. Der europäische  
105 Binnenmarkt sollte dazu führen, dass Arbeitskräfte in anderen EU-Ländern Arbeit finden. Programme wie  
106 zum Beispiel MobiPro sollten diese Zielvorstellung unterstützen. Hierbei hat es jedoch häufig an der  
107 passgenauen Unterstützung gefehlt und dies führt zu hohen Abbruchquoten. Deshalb braucht es eine  
108 bessere Vermittlung von interkulturellen Kompetenzen und ein höheres Engagement von Unternehmen.  
109 Außerdem muss die Finanzierung der EURES-Plattform verbessert sowie deren Dienstleistungen  
110 erweitert werden.

111  
112 **Wir fordern eine bessere Sprachförderung in den Herkunfts- und Zielländern von den**  
113 **Mitgliedstaaten.**

114  
115 Fremdsprachenkenntnisse sind häufig der Schlüssel für eine erfolgreiche Arbeitsaufnahme in einem  
116 anderen EU-Land. Die bisherigen Angebote scheinen für diese Herausforderung nicht auszureichen.  
117 Deshalb soll im Sinne des lebenslangen Lernens Unionsbürgern ein digitales kostenfreies Angebot zum  
118 Erlernen von Fremdsprachen unterbreitet werden, sodass Arbeitnehmer insbesondere die notwendige  
119 Fachsprache in europäischen Sprachen erlernen können, die für den Arbeitsmarktzugang in einem  
120 anderen EU Mitgliedstaat notwendig ist.

121  
122 **Wir fordern den Abbau bürokratischer Hürden, die Arbeitsmobilität in Europa einschränken.**

123  
124 Hürden im Bereich des Arbeitsrechts sollten von den Mitgliedsstaaten abgeschafft werden. Die EU-  
125 Kommission sollte eine ausführliche Prüfung der nationalen Regelungen vornehmen und Vorschläge für  
126 Vereinfachungen machen. Darüber hinaus müssen Bürokratiemonster wie die EU-Entsenderichtlinie  
127 vereinfacht werden, damit sie in der Praxis handhabbar sind.

128

129 **Die europäische Wertegemeinschaft verteidigen und Demokratie in Europa**  
130 **stärken**

131 Die Europäische Union ist mehr als ein gemeinsamer Binnenmarkt. Die Mitgliedstaaten haben sich  
132 gemeinsamen Werten verpflichtet und wir sind stolz auf den “European Way of Life”, der für Frieden,  
133 Freiheit und Wohlstand steht.

134 „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie,  
135 Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der  
136 Personen, die Minderheiten angehören.“ (Artikel 2 des Vertrages über die Europäische Union)

137 Berlin ist wie keine andere europäische Stadt Spiegelbild der Europäischen Einheit: Von der Spaltung  
138 zwischen Ost und West hin zur europäischen Einheit. Doch der “European Way of Life” ist in einigen  
139 unserer Mitgliedstaaten in Gefahr, sodass wir unsere Werte und die Demokratie in Europa entschlossen  
140 verteidigen müssen.

141 **Wir fordern die Reformierung bzw. Einführung effektiver Sanktionsmechanismen zur Verteidigung**  
142 **der europäischen Grundwerte.**

143 Die EU muss ihre Sanktionsmechanismen bei Verstößen gegen die europäischen Grundwerte  
144 reformieren, um effektiver gegen Verstöße europäische Grundwerte vorzugehen. Die Aufhebung der  
145 Gewaltenteilung oder weiteren Rechtsstaatlichkeitsprinzipien dürfen nicht toleriert werden. Dies ist  
146 beispielsweise kurzfristig dadurch zu erreichen, dass die Vergabe von Strukturfondsmitteln an die  
147 Einhaltung rechtsstaatlicher Standards geknüpft wird. Sobald ein Vertragsverletzungsverfahren gegen  
148 ein Mitgliedsland eingeleitet wird, muss die Ausschüttung von Geldern eingestellt werden. Um die  
149 Wertegemeinschaft langfristig zu stärken, soll Artikel 7 EUV dahingehend angepasst werden, dass  
150 nunmehr der Beschluss einer qualifizierten Mehrheit bei der Feststellung von schwerwiegenden  
151 Verletzungen der europäischen Grundwerte benötigt wird. Des Weiteren benötigt die EU  
152 Sanktionsmechanismen, die über eine Entziehung des Stimmrechts des Mitgliedstaates hinausgehen. Die  
153 Mitgliedschaft eines Landes in der EU kann nicht toleriert werden, sollte dieses langfristig die  
154 europäischen Grundwerte, wie Rechtsstaatlichkeit, missachten. Daher sollte auch der Entzug der  
155 Mitgliedschaft als eine finale Sanktion vertraglich verankert werden.

156  
157 **Wir fordern die Einrichtung eines Wertefonds zur Förderung von demokratischen Strukturen**

158  
159 Erklärtes Ziel der EU ist die Angleichung der Lebensverhältnisse der Unionsbürger. Dazu wurden Fonds  
160 für unterschiedliche Bereiche, wie strukturschwache Regionen, Landwirtschaft, Fischerei etc.  
161 eingerichtet. Analog zu diesem Mechanismus benötigt die europäische Wertegemeinschaft Mechanismen zur  
162 Förderung der demokratischen Strukturen seiner Mitgliedsländer. Eine lebhaftere Zivilgesellschaft und  
163 unabhängige Medien sind essentielle Bestandteile einer wehrhaften Demokratie. Nicht in allen  
164 Mitgliedstaaten sind diese jedoch gleichermaßen ausgebildet. Die Einrichtung einer Europäischen

165 Zentrale für politische Bildung analog zur deutschen Institution bzw. eines Wertefonds, soll finanzielle  
166 Mittel zur Verfügung stellen sowie Capacity-Buidling-Angebote schaffen, die Medienangebote und  
167 zivilgesellschaftliche Aktivitäten in Mitgliedstaaten fördern, die den europäischen Werten verpflichtet  
168 sind.

## 169 **Das Digitale Europa stärken und wertegeleitete Innovation fördern**

170

### 171 **Wir fordern die Harmonisierung des digitalen Binnenmarkts**

172

173 Die Digitalisierung durchdringt jeden Lebensbereich und nimmt eine Schlüsselrolle in Wirtschaft und  
174 Gesellschaft ein. Unsere Sicherheit und unser Wohlstand können langfristig nur durch ein starkes  
175 digitales Europa gesichert werden. Wir fordern, den digitalen Binnenmarkt weiter zu harmonisieren, um  
176 auch im digitalen Raum die Grundfreiheiten zu verwirklichen. Die Abschaffung der Roaming-Gebühren  
177 und die Nutzbarkeit von Online-Abonnements auch im EU-Ausland sind hierfür wegweisende Vorbilder.  
178 Es sollen weitere Maßnahmen getroffen werden, um den digitalen Binnenmarkt zu vollenden.

179

### 180 **Wir fordern eine wertebasierte Datenwirtschaft und einen hohen Datenschutz**

181

182 Daten sind die Treiber von Innovation und Wertschöpfung im 21. Jahrhundert. Die Datenwirtschaft hat  
183 das Potential, den europäischen Wohlstand zu steigern und das Leben der europäischen Bürgerinnen und  
184 Bürger zu verbessern. Gleichzeitig ist mit der Verarbeitung von Daten Sensibilität und große  
185 Verantwortung verbunden, sodass ein hohes Maß an Datenschutz für unsere wertebasierte Gesellschaft  
186 und die Rechte des Einzelnen essentiell sind. Durch die Datenschutz-Grundverordnung haben wir ein  
187 europaweit einheitliches und rechtssicheres Fundament für den Umgang mit personenbezogenen Daten,  
188 das zum weltweiten Goldstandard geworden ist. Dieser Datenschutz muss effektiv umgesetzt und in der  
189 Datenwirtschaft von Anfang an mitgedacht werden.

190 Demgegenüber muss der freie Datenverkehr im Bereich der nicht-personenbezogenen Daten vereinfacht  
191 werden, um einen europaweiten Datenfluss zu garantieren und Innovation und Wertschöpfung auch in  
192 Zukunft voran zu treiben.

193

### 194 **Wir fordern eine koordinierte Frequenzpolitik und den digitalen Zugang für alle**

195

196 Der Digitale Raum muss europaweit zugänglich sein. Chancengleichheit ist ohne Zugang zum Internet  
197 nicht zu machen. Daher fordern wir den europaweiten Ausbau der digitalen Infrastruktur und einen  
198 einheitlichen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikation. Hierbei muss die EU die Mitgliedsstaaten,  
199 insbesondere auch Deutschland, stärker in die Pflicht nehmen. Es braucht eine europaweit koordinierte

200 Frequenzpolitik und den grenzüberschreitenden Ausbau im Hochfrequenzbereich, um auch  
201 zukunftsweisende Technologien wie 5G flächendeckend zu ermöglichen. Wohlstandssicherung im 21.  
202 Jahrhundert funktioniert nur mit schnellem Internet überall - auch an jeder Milchkanne.

203

#### 204 **Wir fordern das europaweite eGovernment und Netzsicherheit**

205

206 Öffentliche Institutionen müssen die Vorteile der Digitalisierung für die europäischen Bürgerinnen und  
207 Bürger nutzbar machen. Daher fordern wir, die Potentiale digitaler Technologien im Verwaltungswesen  
208 anzuwenden, um Behörden effizienter und Verwaltungsverfahren für Privatpersonen und Unternehmen  
209 einfacher zu machen. Hierfür müssen Prozesse neu gedacht und Technologien wie die elektronische  
210 Signatur implementiert werden.

211 Gleichzeitig fordern wir den Schutz unserer Netze. Die Sicherheit und Abwehrfähigkeit unserer digitalen  
212 Infrastrukturen, von denen Wirtschaft und Gesellschaft abhängig sind, müssen gewährleistet sein.

213

#### 214 **Wir fordern Künstliche Intelligenz nach europäischen Wertestandards**

215

216 Wir sind davon überzeugt, dass Künstliche Intelligenz unsere Art zu leben und zu arbeiten tiefgreifend  
217 verändern wird. Um global wettbewerbsfähig zu bleiben und den technologischen Fortschritt  
218 mitzugestalten, ist der Ausbau von „Artificial Intelligence made in Europe“ unumgänglich. Aufgrund der  
219 enormen Auswirkungen von Künstlicher Intelligenz und der Missbrauchsgefahr ist es essentiell, dass die  
220 Entwicklung dieser Technologie nach ethischen Maßstäben und wertegeleitet erfolgt. Hierbei müssen  
221 wir uns global behaupten, um unsere Werte auch in diesem Bereich zu verteidigen.

222 Wir fordern, dass der Dreiklang von Daten, Fachkräften und Rechenkapazität stärker bedient wird und  
223 Anreize für Investitionen geschaffen werden. Neben Start-up-Förderung setzen wir auf gemeinsame EU-  
224 Forschungsprogramme und fordern ein europäisches KI-Zentrum.

225

### 226 **Globalen Herausforderungen gemeinschaftlich begegnen: Europäische** 227 **Lösungen für den Klimawandel und Migration**

228

229 Durch die Globalisierung entstehende Herausforderungen, wie der Klimawandel und Migration, können  
230 wir in Europa nur gemeinschaftlich zielführend begegnen. Auch die ambitionierteste deutsche  
231 Klimapolitik ist im Alleingang nur ein heißer Tropfen auf dem Stein. Deshalb müssen wir auf europäische  
232 Lösungen bei globalen Herausforderungen setzen. Europäische Solidarität ist keine Einbahnstraße,  
233 sondern wer von dem Zusammenhalt Europas beispielsweise bei der Förderung von strukturschwachen

234 Regionen profitieren möchte, muss sich auch bereit erklären in der Klima- und Migrationspolitik  
235 Zusammenhalt zu praktizieren.

236

237 **Wir fordern in der Klimapolitik auf europaweite Anreizmechanismen zu setzen und diese**  
238 **international einzufordern.**

239

240 Wir setzen in der Frage des Klimawandels auf eine soziale und ökologische Marktwirtschaft, anstatt auf  
241 Deindustrialisierung. Die zunehmende Vernetzung der Energiemärkte der europäischen  
242 Mitgliedsstaaten und der gemeinsame Binnenmarkt machen ein europäische Vorgehen dabei zwingend  
243 notwendig. Deshalb fordern wir die Fokussierung der deutschen Bemühungen um eine nachhaltige,  
244 bezahlbare und sichere Energieversorgung in enger Abstimmung mit den europäischen Partnern. Wir  
245 wollen die Transformation hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft sozial verträglich und ökonomisch  
246 wettbewerbsfähig gestalten. Hierfür wurde auf europäischer Ebene das Emissionshandelssystem (EU-  
247 EHS) geschaffen, welches kostenwirksam die Verringerung der Treibhausgasemissionen der Industrie  
248 anreizt. Wir fordern das EU-EHS weiter zu ertüchtigen und als zentrales Instrument der europäischen  
249 Klimapolitik auszubauen. Die EU muss sich dafür einsetzen, dass auch andere Weltregionen einen  
250 solchen marktwirtschaftlichen Instrument im Einsatz gegen den Klimawandel einführen, sodass ein  
251 globales "level playing field" für Unternehmen besteht. Deutsche und europäische Unternehmen können  
252 unter diesen Bedingungen eine Führungsrolle in der Entwicklung neuer nachhaltiger Produkte und  
253 technischer Lösungen übernehmen.

254

255 **Wir fordern eine Einigung auf eine europäische Asylpolitik in der sich die Mitgliedsstaaten**  
256 **Verantwortung teilen.**

257

258 Wir fühlen uns unseren christlichen Werten verpflichtet und bekennen uns zu Genfer Konvention. Um  
259 vor Krieg und Verfolgung fliehenden Menschen zu helfen, benötigen wir in einem grenzenlosen Europa  
260 eine gemeinschaftliche Asylpolitik. Wir fordern eine Einigung der europäischen Mitgliedsstaaten auf eine  
261 Aufteilung der Verantwortung. Hierfür benötigen wir ein europäisches Asylrecht, welches gemeinsame  
262 Standards für die Anerkennung von Asyl festlegt und eine EU-weite Harmonisierung der  
263 Aufnahmebedingungen. Die europäische Grenzagentur FRONTEX muss zudem zu einer operativen  
264 Grenzpolizei an der europäischen Außengrenze ausgebaut werden.

265

266 Als Volkspartei ist es unsere Aufgabe, dass wir uns diesen Herausforderungen stellen und Lösungen  
267 finden. Diese Lösungen müssen auf der einen Seite national funktionieren und Sicherheit garantieren –  
268 denn das ist unser Markenkern als CDU. Auf der anderen Seite müssen diese Lösungen dazu beitragen,  
269 dass wir einen zweiten Schutzmantel – ein starkes und funktionierendes Europa – dadurch nicht



270 aufgeben oder gefährden. Diesen Spagat müssen wir in unserer Migrations- und Sicherheitspolitik für die  
271 Zukunft gewährleisten. In der Migrationspolitik ist es die Aufgabe der Union, verbindende Lösungen zu  
272 finden. Wir müssen Humanität und Härte vereinen, also gleichzeitig die Menschenwürde jedes Einzelnen  
273 achten, aber dennoch auf allen Ebenen konsequent handeln.  
274 Dabei differenzieren wir klar zwischen Asyl- und Migrationspolitik und setzen auf Steuerung und  
275 Begrenzung der Zuwanderung.